

Soziale Kohäsion - Zum Verhältnis von Ausbildung und Beruf

Von: **Gerd Köhler** (Ehem. Vorstandsmitglied der GEW, Frankfurt/M.)

„Eigentlich ist die Jugend das Alter der Pläne, Projekte und Fantasien. Aber für Millionen junger Europäer verliert die Zukunft gerade ihre Gestalt, wird etwas Graues, Hoffnungsloses.“ Mit diesen Worten hat Gero von Randow Anfang April in der Zeit eine Artikelserie über „Europas verlorene Generation“ überschrieben. „Ein Acht-Millionen-Heer junger Bürger ohne Arbeit ist entstanden“:

Fast jeder vierte Franzose unter 25 ist arbeitslos. In Italien liegt die Arbeitslosenquote bei 35 Prozent; zwanzig Prozent der italienischen HochschulabsolventInnen sind ohne Job. Seit 2008 sind in Spanien 3,7 Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen, in 75 Prozent der Fälle waren dabei junge Menschen unter 30 betroffen. Die Liste lässt sich um viele mittel- und osteuropäische Staaten verlängern.

Neu ist das nicht, neu ist das Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit, besonders krass in den Ländern, die in Folge der Bankenkrise mit tiefen wirtschafts- und haushaltspolitischen Einschnitten fertig werden müssen.

Unverantwortlich handeln diejenigen, die sich nicht mit den Ursachen und den vorhersehbaren Folgen der wachsenden Kluft zwischen Ausbildung und Beruf auseinandersetzen und die jungen Leute mit ihren enttäuschten Hoffnungen allein lassen: Der Rechtsruck bei den italienischen Wahlen lässt sich so erklären. Auch die gewaltsamen Demonstrationen in den Vororten der spanischen oder französischen Großstädte sind Ausdruck dieses Verlustes an Zukunft. In ihrer Wut machen Sie den EURO oder die EU verantwortlich, Ressentiments gegen die vermeintlichen deutschen Verursacher ihrer Arbeits- und Perspektivlosigkeit werden geschürt. Daran kann niemandem gelegen sein, der für ein soziales Europa eintritt, erst recht nicht in Deutschland.

Möglichkeiten und Grenzen der dualen Berufsausbildung.

Der Blick über die europäischen Grenzen zeigt, dass es offensichtlich Alternativen gibt: In Österreich ist eine Art zweiter Ausbildungsmarkt geschaffen worden, der aus öffentlich finanzierten Lehrbetrieben besteht: Jeder österreichische Jugendliche, der keinen Ausbildungsplatz findet oder arbeitslos wird, erhält spätestens nach 3 Monaten ein Ausbildungsangebot. Auch Dank der Ausbildungsplatzgarantie lag die österreichische Quote arbeitsloser Jugendlicher Ende 2012 mit 8,5% weit unter dem EU Durchschnitt von 23,4 Prozent.

In Österreich gibt es – wie in Deutschland – eine duale Berufsausbildung, die offensichtlich bessere Möglichkeiten der Abstimmung zwischen Ausbildung und Arbeitsmarkt bietet, wenn sie nicht – wie in den Jahren der großen Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland – an ihre Grenzen stößt.

In den südeuropäischen Ländern gibt es allerdings kein Duales System der Berufsausbildung, die Betriebe sind auf solche Aufgaben nicht vorbereitet. Wenn die Europäische Union – die Kommissionen genauso wie das Parlament – eine „Jugendgarantie“ einführen will, dann muss sie entsprechende wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen schaffen, wenn dabei mehr als neues „Vertröstungsprogramm“ herauskommen soll. Dafür müssen entsprechende arbeitsmarktpolitische Instrumente und Kompetenzen durchgesetzt werden.

Gerd Köhler

Ehem. Vorstandsmitglied der GEW, Frankfurt/M.



Gerd Köhler (*1944), war viele Jahre Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Von 1966 – 1972 studierte er Geschichte, Politik, Pädagogik an der Universität Göttingen. In dieser Zeit war er Mitglied im Vorstand des Verbandes deutscher Studentenschaften (VDS). Von 1971 – 1972 war er Mitarbeiter des Deutschen Bildungsrates. Von 1980 – 2006 war er sechsundzwanzig Jahre Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der GEW, Leiter des Vorstandsereiches „Hochschule und Forschung“, ab 1997 auch zuständige für den Bereich ...

[\[weitere Informationen\]](#)



Darüber hinaus gilt es, den grenzüberschreitenden Austausch von Auszubildenden zwischen Ländern mit und ohne Dualer Berufsausbildung genauso wie bei HochschulabsolventInnen auszubauen. Der „gemeinsame europäische Arbeitsmarkt“ ist ja nicht nur erfunden worden, damit sich Arbeitgeber bei den AbsolventInnen im Beruf- und Hochschulausbildung der anderen Länder bedienen können. Die „soziale Kohäsion“ – neben dem Wirtschaftswachstum das zweite Ziel der Lissabon Strategie – verlangt auch, dass sich die AbsolventInnen des einen Landes auf freie Arbeitsplätze anderer Länder bewerben können: Rechte auf Gegenseitigkeit machen ein soziales Europa aus.

Die Probleme der Jugendarbeitslosigkeit – das wird immer deutlicher – lassen sich nicht allein im nationalen Rahmen lösen: Es gilt eine EU weite, grenzüberschreitende Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik zu entwickeln.

Das Verhältnis von Hochschule und Arbeitsmarkt –Interessen der Arbeitswelt.

Auseinandersetzungen um den Bedarf an hochschulqualifizierten Arbeitskräften gibt es in Deutschland nicht erst seit der von Georg Picht ausgerufenen „Bildungskatastrophe“ oder dem Sputnik-Schock. Schon im Kaiserreich und auch in der Weimarer Republik war umstritten, wie viele junge Menschen eines Jahrgangs weiterführende Bildungseinrichtungen besuchen sollten, ob die künftigen Ingenieure an Hochschulen ausgebildet oder Frauen der Zugang zu den Universitäten erlaubt werden sollte. Immer trafen unterschiedliche Interessen aufeinander: es ging um Emanzipation und den Abbau sozialer Benachteiligungen, um die Verteidigung von Bildungsprivilegien, um den Arbeitskräftebedarf von Wirtschaft und Verwaltung oder die zu geringen Haushaltsmittel, die für Bildung zur Verfügung stehen sollten.

Die Politik Willy Brandts „Mehr Demokratie zu wagen“ war einer der Ausgangspunkte für die Expansion des Bildungs-, insbesondere des Hochschulwesens. Damals gab es rund 500.000 Studierende an den Hochschulen, genauso viele haben allein im vergangenen Jahr mit dem Studium begonnen. Insgesamt gibt es heute rund 2,5 Millionen Studierende. Das Angebot der Universitäten wurde durch neugegründete Fachhochschulen erweitert, um den Fachkräftebedarf der Zeit des Wirtschaftswunders in Deutschland zu befriedigen. Im Rahmen eines Bildungsgesamtplanes wurde der Versuch unternommen, zu einer Abstimmung zwischen der Nachfrage des Arbeitsmarktes und dem Angebot der Bildungsstätten zu kommen.

Bund und Länder und die sie repräsentierenden politischen Parteien und Interessengruppen haben sich darauf nicht verständigen können. In dem Maße wie die Europäisierung und später die Globalisierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik an Bedeutung gewannen, wurde im Bildungsbereich eine „neoliberale Dezentralisierungs- und Deregulierungspolitik“ betrieben, mit der die gesamtstaatliche Verantwortung abgebaut wurde. Die Föderalismusreform hat die Möglichkeiten des Sozialstaates deutlich reduziert und damit die Möglichkeiten des Abbaus sozialer Ungleichheit eingeschränkt. Die aktuelle Lage zeigt, dass die Länder in ihrer

heutigen Verfasstheit und mit ihren heutigen finanziellen Mitteln nicht in der Lage sind, ein leistungsfähiges, sozialgerechtes und demokratisches Bildungswesen anzubieten. Anlass genug, über Alternativen nachzudenken.

Studium und Beruf.

1986 haben Martin Baethge, Rudolf Husemann, Dirk Hartung und Ulrich Teichler im Auftrag der GEW das Gutachten „Studium und Beruf“ veröffentlicht. Sie haben darin untersucht, wie man für die in der Folge der Hochschulexpansion der 70er Jahre sprunghaft gestiegenen Hochschulabsolvent-Innen-Zahlen neue berufliche Perspektiven entwickeln könnte.

Damals war die Zeit für strukturelle Veränderungen des Arbeitsmarktes noch nicht reif. Es hat in der Folge viele „Lehrerschwemmen“, „Ingenieurmangel“ und „Facharbeiterlücken“ gegeben ... Und damit viel Enttäuschung bei denen, die keinen ausbildungsadäquaten Arbeitsplatz gefunden haben. Die Gründe für dieses Scheitern einer Abstimmung zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem wurden „individualisiert“: zu viele AbsolventInnen seien nicht anpassungswillig genug gewesen. Man erklärte die Planungsansätze für gescheitert und empfahl – dem Zeitgeist folgend – den Markt. Mit einer sozialen und innovativen Arbeitsmarktpolitik hatte das nichts zu tun. Neoliberale Ellbogenpolitik war angesagt.

Mit der Globalisierung der ökonomischen Entwicklungen und der Lissabon-Strategie ist die bessere Abstimmung zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem zu einem internationalen Problem geworden. Unter den Bedingungen weltweiter Konkurrenz versuchen die finanzstärkeren Ökonomien die Fehler der eigenen Bildungs- und Wissenschaftspolitik durch einen gezielten „Kampf um die Köpfe“ zu kompensieren: Weil man ? zum Beispiel – im eigenen Land jahrelang die Ingenieurausbildung vernachlässigt hat, glaubt man, durch ad hoc Maßnahmen wie die Einführung von green cards die Arbeitsmarktlücken durch Ingenieure aus Indien, Polen oder Rumänien schließen zu können. „Brain gain“ nennt man diese Politik. Ihr „Erfolg“ ist auch deswegen „überschaubar“, weil die Schwellenländer ihre hochschulqualifizierten Arbeitskräfte halten wollen und müssen, wenn sie im „globalen Wettbewerb“ bestehen wollen.

Der Bologna Prozess greift dieses Thema auf, er fordert einen deutlichen Ausbau der weiterführenden Bildungseinrichtungen, um den Anforderungen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung gerecht werden zu können. Die Ambivalenz seiner strategischen Ziele – Wirtschaftswachstum und soziale Kohäsion – schlägt sich in seinen beschäftigungspolitischen Konsequenzen nieder: Er fordert Expansion und Durchlässigkeit, um einerseits den kurzfristigen Wellen der konjunkturellen Entwicklungen Rechnung zu tragen und andererseits neue Wege des Hochschulzugangs öffnen zu können, um „Begabungs- oder Qualifikationsreserven wecken zu können. Die neoliberalen Meinungsführer propagieren diese Anpassung an den nicht weiter infrage gestellten Status quo des Arbeitsmarktes „als Employability“.

Wettbewerb jeder gegen jeden.

Wer diese Anpassungspolitik nicht mittragen will, muss sich mit Alternativen dazu auseinandersetzen. Die Fragen lauten: Was kann getan werden, damit sich die durch die Expansion gestiegene Zahl von HochschulabsolventInnen sinnvolle berufliche Perspektiven erschließen kann. Wie können sie das – was sie an den Hochschulen gelernt haben – im eigenen wie im gesellschaftlichen Interesse umsetzen und auch nutzen? Dafür sind makroökonomisch neue struktur- und regionalpolitische Konzepte zu entwickeln und mikroökonomisch – auf der Ebene der Betriebe ? neue Modelle der Arbeitsteilung zu erproben.

Gegenüber den Verhältnissen in den 70er Jahren haben sich die heutigen Auseinandersetzungen deutlich verschärft: damals gingen etwa 10% eines Altersjahrgangs in die Universitäten und Fachhochschulen. Ihnen standen etwa 15% Arbeitsplätze offen, für die eine Hochschulausbildung erwartet wurde. Aufstiegsmöglichkeiten waren gegeben. Heute gehen mehr als 40% eines Altersjahrgangs in Einrichtungen des Tertiären Bereichs (OECD), sie stehen in Konkurrenz um etwa 25% ausbildungsadäquate Arbeitsplätze. Eine große Zahl von Enttäuschten ist vorhersehbar, die auf diesem „Markt“ die Verlierer sein werden. Das wird nicht ohne Folgen für eine Politik bleiben, die soziale Benachteiligungen beim Zugang zu den Hochschulen abbauen will. Junge Frauen, StudienbewerberInnen mit Migrationshintergrund oder Ältere, die keine Chancen für Weiterbildung erhalten, werden die Leidtragenden sein. Die große Zahl der in Spanien oder Chile demonstrierenden HochschulabsolventInnen sollte uns zu denken geben.

Die Alternativen zu einer solchen „Politik des Wettbewerbs jeder gegen jeden“ könnten in einer vorausschauenden Struktur-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik liegen. Sie könnten dazu beitragen, durch Veränderungen bei der Gestaltung von Arbeitsrollen und –inhalten, bei der Einrichtung von neuen Arbeitsplatzstrukturen neue Arbeitsplätze durch zu setzen: Neugestaltung der Arbeit statt Anpassung an den Status quo, Innovationen statt Rückschritt – heißen die Alternativen.

Absolventenstudien, die im Dialog zwischen Hochschule und Arbeitswelt eine solche Neuverteilung von Arbeit unterstützen, sollten ein Ziel sein, für das es sich lohnt, sich zu engagieren.

Studien über den Wettbewerb von HochschulabsolventInnen.

Bislang standen Fragen nach dem Zugang zu den Hochschulen ganz oben auf der gesellschaftspolitischen Agenda: Wie viele junge Menschen sollen ein Studium beginnen können? Wie viele können und wollen wir finanzieren? Verliert die Wirtschaft ihre Innovationskraft und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit, wenn an deutschen Hochschulen deutlich weniger studieren als in vergleichbaren Industrieländern – die OECD weist in ihren jährlichen Statistiken „Education at a Glance“ immer wieder darauf hin, dass der „Wirtschaftsriese Deutschland“ ein „Bildungszwerg“ sei.



Heute gewinnen die wachsenden Probleme beim Übergang von den Hochschulen in den Arbeitsmarkt an bildungspolitischem Stellenwert. Der Blick auf die Proteste der jungen Generation in Spanien, Frankreich oder Italien zeigt, wie junge Menschen reagieren, wenn sie sich um ihre Zukunft gebracht sehen. Sie haben sich das „Recht auf Bildung“ erkämpft und viele Jahre gelernt, nun fordern sie das „Recht auf Arbeit“, um ihr Leben selbst und mit gestalten zu können. Solche Unruhen werden vor Deutschland nicht halt machen, wenn nicht auch unseren Hochschul-AbsolventInnen mehr und „ausbildungsadäquate“ Arbeitsplätze angeboten werden.

Auch diejenigen, die von solchen „Nützlichkeitsüberlegungen“ nichts halten und den Bildungswert ihres Studiums betonen, werden sich mit der Frage auseinandersetzen müssen, was sie nach ihrem Hochschulabschluss mit dem anfangen können, was sie an den Hochschulen gelernt haben. Denn, wenn der Hochschulabschluss keine sinnvollen beruflichen Perspektiven eröffnet, wird sich Enttäuschung breit machen. Wenn sich die Anstrengungen nicht „lohnend“, werden die Motivation und der Wille zum Studium nachlassen. Vielleicht liegt darin auch eine Begründung dafür, dass die Zahl derjenigen, die über den „zweiten“ oder „dritten“ Bildungsweg in die Hochschule kommen wollen, so „überschaubar“ ist. Die viel kritisierte soziale Selektivität des deutschen Bildungswesens wird dadurch erhöht. Vor allem junge Frauen mit Migrationshintergrund und Kinder aus einkommensschwächeren Arbeiterfamilien sind die vorhersehbaren Verlierer.

Von der „Humanisierung der Arbeit“ zur „guten Arbeit“.

Es liegt im Interesse einer demokratischen und sozialen Gesellschaft, die junge Generation nicht mit diesen arbeitsmarktpolitischen Problemen allein zu lassen. Der viel zitierte Satz „Du hast keine Chance, also nutze sie“ ist zynisch. Er schafft Frust und zerstört „soziale Kohäsion“, den sozialen Zusammenhalt. Er dämpft den Schwung für jene Veränderungen, die die Zukunft gestalten sollen. Von ihnen wollen auch die Unternehmen profitieren. Die Politik der Anpassung an den Status quo auf dem Arbeitsmarkt bedeutet Stillstand. Gesucht werden muss nach einer Gesamtstrategie für den Bildungsbereich.

Es gilt genügend KITA-Plätze zur Verfügung zu stellen, damit auch junge Eltern Beruf und Familie miteinander verbinden können. Die Strukturen des Schulbereichs sind so weiter zu entwickeln, dass qualitativ anspruchsvolle Bildungsangebote für alle SchülerInnen angeboten werden können und behinderte Kinder nicht in isolierte Einrichtungen abgeschoben werden. Niemand soll zurückgelassen werden ? ein hoher Anspruch angesichts der großen Zahl von Jugendlichen ohne Bildungsabschluss. Es muss über ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Berufsausbildung und Hochschule diskutiert werden, neue Formen der Durchlässigkeit hinter einem lebenslangen Weiterlernen gesucht werden. Die dafür erforderliche Anstrengung wird nicht der „Markt“ schaffen, er begünstigt ? so das Ziel des neoliberalen Konzepts ? die „Stärkeren“. Wer den Abbau sozialer Ungleichheit, will muss sich für neue Formen einer demokratischen mitbestimmten Bildungsplanung einsetzen, die nicht an den Bundesländergrenzen kaltmacht.

Bildungsnachfrage und Bildungsangebot müssen in einem demokratischen Willensbildungsprozess aufeinander abgestimmt werden. Es gilt einen neuen Bildungsgesamtplan zu entwickeln, der – wie vom Grundgesetz verlangt – in allen Teilen der Republik gleiche Arbeits- und Lebensbedingungen eröffnet. Wenn die Bildungsinteressen aller BürgerInnen verwirklicht werden sollen, müssen neue Formen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung gedacht und umgesetzt werden. Die Teilhaberechte der Vielen zu verwirklichen, bedeutet Teilen: Es gilt bei den Veränderungen der Arbeitsplatzinhalte und –strukturen die alte gewerkschaftlichen Forderungen nach „Humanisierung der Arbeit“ mit der heutigen Diskussion über „gute Arbeit“ zu verbinden. Innovationen – soziale Veränderungen – statt Anpassung, sollten das Ziel sein.

Die Hochschulen müssen sich dieser Auseinandersetzung um das Verhältnis von Studium und Beruf stärker stellen als bisher. Auch im eigenen Interesse. Wenn sie ihren Studierenden nicht anbieten, mit ihnen über sinnvolle berufliche Perspektiven nachzudenken, dann werden diese fern bleiben. Wenn sich die Hochschulen nicht mit den Veränderungsmöglichkeiten auf den Arbeitsmärkten befassen, werden die Finanzminister – orientiert am Status quo – allein entscheiden, wie die Verteilung der Studierenden auf Universitäten und Fachhochschulen erfolgen soll. „Bedarf ist, was wir bezahlen können“ hieß es schon einmal.

Wenn die Hochschulen in den härter werdenden Verteilungskämpfen bestehen wollen, dann müssen sie nicht nur für die Forschungsbereich, sondern auch für den Aufgabenbereich „Studium und Lehre“ überzeugend belegen, wofür sie gut sind. Im Rahmen der Akkreditierung ihrer Studiengänge sollen die Hochschulen Auskunft über die Beschäftigungsperspektiven ihrer Studierenden geben. Während bei der Erst-Akkreditierung häufig nur der gute Wille bescheinigt wurde, sind die Hochschulen bei der 5 Jahre danach stattfindenden Re-Akkreditierung aufgefordert, Fakten auf den Tisch zu legen. Dabei zeigt sich, wie wenig die Hochschulen darauf vorbereitet sind. Hier setzen die „AbsolventInnen-Studien“ an.

Die auf Initiative des Kasseler Hochschulforschungsinstitutes „INCHER“ erfolgte Gründung des Kooperationsprojektes „KOAB“ ist ein unterstützenswerter Ansatz, den Aufbau und die Qualifizierung eines solchen Instrumentariums voran zu treiben und zu koordinieren.

Ein Vorteil der „KOAB-Hochschulen“ liegt darin, dass sie Vollerhebungen durchführen und Auswertungen für einzelne Hochschulen und Fachbereiche vornehmen können. Daraus lassen sich didaktische Konsequenzen für einzelne Studiengänge und Beratungsangebote für Studierende und Lehrende ableiten. Nationale Verbleibstudien dagegen lassen nur allgemeine arbeitsmarktpolitische Trendaussagen zu. Eine wichtige Aufgabe der „AbsolventInnen-Studien“ wird auch darin bestehen, die in den vergangenen Jahren erfolgte explosionsartige Vermehrung der Studiengänge zu überprüfen.

Das gilt insbesondere für die große Zahl von Master-Studiengängen. Die Gesamtzahl der Studiengänge an deutschen Hochschulen ist in den vergangenen von 8.500 auf über 15.000 gestiegen. Viele der neuen „Nischen-Studiengänge“ dienen vor allem dazu, die Zahl der Studienplätze und Arbeitsplätze zu rechtfertigen; ob sie tatsächlich geeignet sind, den AbsolventInnen nachhaltige Beschäftigungsmöglichkeiten zu eröffnen, muss erst noch bewiesen werden. Viele werden zu speziell ausgerichtet und auch deswegen nicht nachhaltig genug sein.

Studienreform als Aushandlungsprozess.

Der Hochschulbezug der KOAB-Studien bietet neue Möglichkeiten, Lehrende und Studierende an der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Verbleibstudien zu beteiligen. Die Probleme, die durch die wenig durchdachte Einführung des Bologna-Prozesses hervorgerufen wurden, zeigen wie wichtig mit den Betroffenen vereinbarte Implementationsstrategien für das Gelingen von Reformen sind: Transparente Willensbildungsprozesse und faire Formen der Partizipation werden die Akzeptanz verbessern und

dazu beitragen, dass die gewollten Reformen auch „TrägerInnen“ finden.

Die Hochschulen sollten – auch das ist eine Empfehlung des Bologna-Prozesses – VertreterInnen der Arbeitswelt in diese Diskussionen mit einbeziehen. Ohne die praktischen Erfahrungen der „Stakeholder“ – und das sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer, bzw. die sie vertretenden Verbände und Gewerkschaften – werden Vorschläge der Hochschulen zur Veränderung der Arbeitsplatzinhalte und –strukturen in den Verwaltungen und Betrieben auf wenig Resonanz stoßen. Gemeinsam in einem „Trialog“ zwischen Hochschule, Staat und Arbeitswelt entwickelte Zukunftsentwürfe werden eher den „Reformverdruss“ überwinden.

Voraussetzungen dafür sind offene Diskussionen über die Ziele, Methoden und Auswirkungen der Verbleibstudien: Neue Formen der Kommunikation und Partizipation müssen genau so zugesichert werden wie die erforderlichen personalen und finanziellen Mittel. Nur so wird man „Unproduktives Aussitzen“ wie auch „hinhaltenden Widerstand“ überwinden.

Studienreform kann als ein offen auszuhandelnder Prozess gelingen!

(Überarbeiteter Vortrag, gehalten auf dem Werkstattgespräch „Studium und Beruf“ der Kooperationsstelle Hochschule und Gewerkschaft).